

**Steuerstrukturreform:
"Niedriger, Einfacher, Gerechter = Mehr für Deutschland!"**

**Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
in Wiesbaden am 26./27. März 2004**

Unser Steuerrecht ist über die Jahre mit immer weiteren, z.T. undurchsichtigen Regulations- und Ausnahmetatbeständen versehen worden, so dass es heute für den „normalen“ Bürger kaum noch zu überblicken ist. Jeder Lebensumstand ist mit einer steuerlichen Ausnahmeregelung berücksichtigt worden. Jedoch wurde damit das Gegenteil von Bürgerfreundlichkeit erreicht. Unser Steuersystem und insbesondere unser Einkommensteuersystem ist immer ungerechter geworden. Über 100 Steuergesetze regeln die Beziehung zwischen Bürger und Fiskus. Auf 185 unterschiedlichen steuerlichen Formularen verlangen Finanzämter Auskunft über Einkommen, Gewinne und Besitz der Steuerpflichtigen. Wenn dann noch eine Frage offen bleibt, geben uns rund 96.000 Verwaltungsvorschriften Auskunft und es werden täglich mehr.

Abschreibungsmodelle, Subventionen und andere legale Schlupflöcher und Steuervergünstigungsmöglichkeiten führen zu einer systematischen Durchlöcherung der Bemessungsgrundlage mit der Konsequenz, dass wir Einkommensteuerspitzenätze von nahezu 50% in Kauf nehmen mussten.

Dieses System führt im Ergebnis zu ungewollten Effekten und Verzerrungen: Das deutsche Steuerrecht besitzt aufgrund seiner hohen Regelungsdichte eine große Komplexität. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte führte in der Folge zu Intransparenz und zunehmender Bürgerferne. Zudem wird in vielen Bereichen eine klare Steuersystematik der Einräumung von Ausnahmetatbeständen geopfert.

- Keine gerechte und gleichmäßige Besteuerung
Das Ziel einer gleichmäßigen, nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen gerichteten Besteuerung, ist eindeutig verfehlt. Die tatsächliche Steuerlast ist nicht mehr von der individuellen Leistungsfähigkeit abhängig, sondern oft von der Kreativität des Steuerberaters. Leidtragender unseres Systems ist der durchschnittliche Bürger, der die steuermindernde, meist teuer zu bezahlende Kreativität eines Beraters nicht in Anspruch nehmen kann.
- Internationale Investoren werden abgeschreckt
Auch vor dem Hintergrund, dass internationale Investoren ihre unternehmerischen Entscheidungen in Abhängigkeit vom Spitzensteuersatz treffen und sich nicht schon im Vorfeld mit den steuersenkenden Gestaltungsmöglichkeiten auseinandersetzen, ist das bisherige System aus standortpolitischen Gründen kontraproduktiv.
- Deutschland ist für ausländische Spitzenkräfte nicht attraktiv
Letztlich schreckt ein Spitzensteuersatz zwischen 40 und 50% ausländische Führungskräfte ab, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten in Deutschland anzubieten. Deutschland ist im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe, vor allem auch aus steuerlichen Gründen, wenig attraktiv.

Die Junge Union Deutschlands fordert daher eine große Steuerstrukturreform unter dem Leitsatz

"Niedriger, Einfacher, Gerechter = Mehr für Deutschland!"

Deutschland braucht eine Steuerstrukturreform, die alle Steuern umfasst, die das Leben und Wirtschaften von Bürgern und Betrieben unmittelbar betreffen (d.h. Einkommensteuer, gesamte Unternehmensbesteuerung incl. Gewerbesteuer).

Neufassung des Einkommensteuerrechts

1. Die Einkommensteuer umfasst grundsätzlich sämtliche am Markt erzielbaren Einkünfte.
2. Alle Einkommen einer Person werden zusammengefasst und grundsätzlich einem einheitlichen Steuertarif unterzogen.
3. Die im deutschen Einkommensteuerrecht vorhandenen Subventionstatbestände, wie Steuervergünstigungen, Abzugs- und Freibeträge sowie Ermäßigungen werden einer kritischen Prüfung unterzogen, mit dem Ziel, diese aufzuheben. Fahrtkosten zur Arbeit stellen Aufwendungen und keine Subventionen dar. Die Mobilität des Faktors Arbeit ist aus arbeitsmarktpolitischer Sicht unabdingbar. Die Junge Union Deutschlands fordert daher auch weiterhin eine angemessene Berücksichtigung der realen Fahrtkosten zur Arbeit. Beiträge zur Zukunftsvorsorge bleiben steuerfrei. Sie werden erst bei Fälligkeit im Alter nachgelagert besteuert.
4. Der im Grundgesetz verankerte Schutz von Ehe und Familie muss sich auch im Einkommensteuerrecht niederschlagen. Der von CDU und CSU geforderte Grundfreibetrag für jede Person, d.h. auch für Kinder, in Höhe von je 8.000 € ist der richtige Weg. Die Junge Union fordert zudem die Beibehaltung des Ehegattensplittings nur für Ehepaare mit Kindern.
5. Der dem Einkommen zugrunde gelegte Steuertarif wird deutlich abgesenkt; der Spitzensteuersatz auf unter 40% und der Eingangssteuersatz auf höchstens 13%. Der linearprogressive Tarif wird durch ein Stufensystem ersetzt.
6. Alle Kapitalerträge, die über einen angemessenen Freibetrag hinausgehen, werden über eine definitive Abgeltungssteuer in Höhe von 25% versteuert. Alle anderen bisherigen Versuche, Zinsen auf Kapitalanlagen umfassend zu besteuern, sind fehlgeschlagen und werden auch künftig keinen Erfolg erhaben.

Unternehmensteuerrecht

7. Oberstes Gebot ist die Herstellung einer steuerlichen Gleichbehandlung kleiner und großer Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform. Die Besteuerung muss sowohl rechtsform- als auch gewinnverwendungsneutral sein.

Die Junge Union lehnt eine, wie jüngst vom Sachverständigenrat ins Spiel gebrachte, duale Einkommensteuerreform ab. Wenn man Einkommen nicht gleich behandelt, gibt es Effizienzverluste an anderer Stelle. Das wiederum kann zu Umgehungsversuchen und Verzerrungen wegen der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Einkünften aus Kapital und Arbeit führen. Der internationale Wettbewerb trifft nicht nur den Faktor Kapital, d.h. wir benötigen nicht nur niedrige Kapitalsteuern, um Investoren aus dem Ausland nach Deutschland zu locken und hiesige Investoren im Inland zu halten, sondern eben auch den Faktor Arbeit. Wir haben gleich gelagerte Probleme auch beim Faktor Arbeit, wo es längst darum geht, hoch qualifizierte meist jüngere Menschen im Inland zu halten und internationale Führungskräfte nach Deutschland zu holen. Hinzu kommt, dass ein duales Steuersystem Investitionen im Unternehmensbereich günstiger behandelt als etwa Investitionen in die Ausbildung unserer Kinder.

8. Die Junge Union fordert neben der förmlichen Abschaffung der Vermögenssteuer die Abschaffung der Gewerbesteuer. Gleichzeitig müssen die Kommunen Hebesatzmöglichkeiten auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer bekommen. Betriebe müssen zudem bei Betriebsübergaben bei der Erbschaftssteuer privilegiert werden.

Ohne eine grundlegende Steuerstrukturreform müssen alle andern geplanten oder begonnenen Reformmaßnahmen Stückwerk bleiben. In einem umfassenden Modernisierungskonzept für unser Land mit dem die Innovationsfähigkeit gestärkt, eine erstickende Bürokratie entschlossen zurückgestutzt und Leistungsbereitschaft wieder geweckt wird, muss auch eine Steuerstrukturreform im oben beschriebenen Sinne endlich verwirklicht werden. Es ist eine der wesentlichen und leistbaren Verantwortlichkeiten der Politik dieses Hindernis für wirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung zu beseitigen.

Dieser Verantwortung ist die rot-grüne Bundesregierung seit ihrer Regierungsübernahme in keiner Weise gerecht geworden.

Nach Jahren konzeptionsloser Gesetzesänderungen mit schlecht kalkulierten Budgetwirkungen, beständigen Korrekturen als Markenzeichen dieser Regierung und ohne positive gesamtwirtschaftliche Wirkungen, besteht nun die Möglichkeit, eine Steuerstrukturreform aus einem Guss mit klaren Zielen und berechenbaren Auswirkungen zu erreichen. In einem diesbezüglich einzigartig günstigen Meinungsklima und einer konstruktiven, auf Konsens gerichteten Aufbruchstimmung bei vielen gesellschaftlichen Gruppen, verbleibt als einziges wesentliches Hindernis für einen solch großen Schritt die Unentschlossenheit der Bundesregierung.

Die Junge Union Deutschlands fordert daher die rot-grüne Bundesregierung auf, ihre parteipolitisch motivierte Verweigerungshaltung aufzugeben und den gesamtwirtschaftlich notwendigen Konsens mit der Unionsfraktion zum Wohle unseres Landes zu suchen.